

Handbuchvita gewichtiger erscheint als prominente Politiker mit wenigen Karrierestationen. Aber gerade dieser optische Nachteil, der sich in unterschiedlich langen Kurzbiographien manifestiert, wird kompensiert durch die Zuverlässigkeit der mitgeteilten Fakten und durch klare, überprüfbare Kriterien: Das Prinzip, alle Reichstagskandidaten der SPD für einen bestimmten Zeitraum systematisch zu erfassen, schützt vor der immer fragwürdig bleibenden Vorauswahl eines Bearbeiters; das Prinzip, für jeden Reichstagskandidaten eine »Normalbiographie« mit eindeutig definierten Informationssegmenten zu erstellen (s. S. 60 ff.), macht die Editionsarbeit auch für den Benutzer transparent und konfrontiert ihn nicht mit einer manchmal nur schwer entwirrbaren Mischung von Fakten und Meinungen.

Dieser Verzicht auf Werturteile und auf biographische Essays kostet natürlich auch seinen Preis: Das Handbuch ist ein Nachschlagewerk ohne literarische Ambitionen; seine Benutzer werden nicht zur kontinuierlichen Lektüre ermuntert, sondern mit spröden, aber genauen Daten versorgt. Deren Informationsgehalt übertrifft alle einschlägigen biographischen Lexika zur deutschen Arbeiterbewegung. Wer also schnell und sorgfältig sich über den Personenstand, die Schulbildung, die Berufskarriere, die parlamentarischen Ämter sowie die politischen und gewerkschaftlichen Funktionen der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten im späten Kaiserreich unterrichten will, wird jetzt »den Schröder« zu Rate ziehen, der für das Forschungsgebiet der kollektiven Biographik in der Bundesrepublik eine neue Richtmarke setzt.

Das Handbuch enthält neben den 700 Kurzbiographien – von Adamek bis Zubeil – eine statistische Dokumentation, die die von der SPD bei den Reichstagswahlen von 1898 bis 1912 erzielten Ergebnisse nach Ländern (für Preußen und Bayern nach Provinzen bzw. Regierungsbezirken) aufschlüsselt und für alle Wahlkreise die Ergebnisse der sozialdemokratischen Kandidaten in absoluten Zahlen und in Prozentwerten zusammenstellt. Leider fehlen hier Angaben, die wenigstens knapp über das Abschneiden der anderen Parteien und die Gesamtergebnisse der einzelnen Wahlen auf Reichsebene informieren. Opulent ist dagegen die Serviceleistung des fast einhundert Seiten langen Registeranhangs, der zehn verschiedene Kriterien tabellarisch erfaßt. Da die einzelnen Personen in diesem Anhang mit Identifikationsnummern versehen sind und eine Fülle von Kurz-Siglen verwendet wird, will die Benutzung der Register erst eingeübt sein, bevor sie ihren Informationsreichtum preisgeben. Sehr lesenswert ist die Einleitung, die Schröder seinem Handbuch vorangestellt hat, weil er hier prägnant seine Quellen vorstellt, seine Methoden erläutert und darüber hinaus auf knappem Raum die gesetzlichen Rahmenbedingungen der Reichstagswahlen, ihre Relevanz für die SPD als parlamentarisch agierende Partei sowie den Prozeß der nicht immer konfliktfreien Kandidatennominierung darstellt. Schröders Überlegungen zum Problem der Kontinuität und Diskontinuität bei der Kandidatenkür und seine Hinweise auf einzelne Aufstellungsvorgänge könnten in gezielten Fallstudien weiterverfolgt werden.

*Klaus Schönhoven, Mannheim*

Richard Saage (Hrsg.), Solidargemeinschaft und Klassenkampf. Politische Konzeptionen der Sozialdemokratie zwischen den Weltkriegen (= edition suhrkamp 1363, N. F. Bd. 363), Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1986, 383 S., kart., 18 DM.

Angeregt durch eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Oktober 1980 über die Theoriediskussion des Demokratischen Sozialismus in der Weimarer Republik, initiierten die Politologen Richard Saage und Walter Euchner eine Arbeitsgruppe zu einem ähnlichen Thema im Rahmen des Kongresses der »Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft«, der im Oktober 1982 in Berlin stattfand. Die Aufsätze des vorliegenden Bandes sind mit wenigen Ausnahmen aus Thesenpapieren der Arbeitsgruppe hervorgegangen. Er ist in

vier Abschnitte zu folgenden Themenkreisen eingeteilt: I. Gewerkschaften im Spannungsfeld der Institutionen und Ideologien; II. Sozialdemokratische Analysen von Transformationsbedingungen; III. Politische Kultur und Sozialdemokratie in der Zwischenkriegszeit; IV. Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in der Defensive.

*Heinrich Potthoff* – über die Freien Gewerkschaften – und *Michael Schneider* – zum Verhältnis von Christlichen und Freien Gewerkschaften – fassen im I. Abschnitt ihre als umfangreiche Monographien erschienenen Untersuchungen zu gerafften Darstellungen und Analysen zusammen. *Potthoff* kommt zur Schlußfolgerung, daß die Freien Gewerkschaften mit der theoretisch untermauerten Rolle, zu der sie sich 1919 in einer revolutionären Umbruchszeit bekannt hatten, in der Folgezeit überfordert, den harten Fakten der Weimarer Republik nicht gewachsen und in deren Endphase so geschwächt waren, daß das »kämpferische Element einer auf die eigene Kraft bauenden Organisation« verloren ging. *Schneider* betont, daß es in der gewerkschaftlichen Tagesarbeit zahlreiche Berührungspunkte zwischen den Christlichen und den Freien Gewerkschaften gab und daß eine institutionalisierte Zusammenarbeit nicht durch Differenzen in konkreten Fragen, sondern durch unterschiedliche weltanschauliche und parteipolitische Einbindungen verhindert wurde. *Walter Euchner* und *Maurice Stockhausen* gelangen in ihrem Aufsatz über SPD, Gewerkschaften und Reichswirtschaftsrat zu ähnlichen Ergebnissen wie *Potthoff*: »Die Schwäche der Arbeiterklasse hat es nicht zugelassen, die gemeinwirtschaftlich-wirtschaftsdemokratischen Forderungen, die unmittelbar nach der Revolution von 1918 in der bürgerlichen Gesellschaft erhoben worden sind, einzulösen: Sie war gezwungen, sie Schritt für Schritt zurückzunehmen.«

Im II. Abschnitt befassen sich *Richard Saage*, *Hans Willi Weitzen* und *Wolfgang Luthardt* mit sozialdemokratischen Theoretikern: Otto Bauer – mit dessen These vom »Gleichgewicht der Klassenkräfte«, die besonders im Austromarxismus eine große Rolle gespielt hat, sich *Saage* kritisch auseinandersetzt –, Karl Kautsky, Rudolf Hilferding, Ernst Fraenkel, Fritz Naphtali, Karl Renner, Hans Kelsen. Die Darstellung der Konzeptionen dieser Sozialdemokraten, deren Einfluß auf ihre Partei sehr unterschiedlich war, zeigt deren Bemühen um eine theoretisch fundierte, zeitgemäße politische Orientierung der Arbeiterbewegung, doch auch ihre gravierenden Irrtümer in der Einschätzung der zeitgenössischen gesellschaftlichen Kräfte. Die Autoren sind denn auch ganz zurückhaltend mit Urteilen, daß und inwiefern Gedanken der von ihnen behandelten Theoretiker geeignet seien, in unserer Zeit neu belebt und weitergeführt zu werden. Hingegen leiten *Volker Gransow* und *Michael Krätke* aus den »Dilemmata« von Paul Levi eine generelle Handlungsanweisung für »Linkssozialisten« ab, die in der These gipfelt, daß »Linkssozialisten« in der Sozialdemokratie sein müßten, da »diese aber Koalition und Kompromiß praktiziert, müssen sie gleichzeitig außerhalb der Sozialdemokratie stehen«. Mit der expliziten Tendenz zur Aktualisierung sozialdemokratischer Theorien und programmatischer Vorstellungen der Weimarer Zeit ist auch der Beitrag von *Wolfgang Krumbein* verfaßt: Die Debatten zwischen Hilferding, Otto Kirchheimer, Eduard Heimann, Fraenkel, Max Adler u. a. deutet er als eine Orientierung auf einen »Dritten Weg« hin, den er als »Eurosozialismus und Eurokommunismus« definiert, und empfiehlt sie darum der Geschichtsschreibung zur besonderen Beachtung.

Weit weniger um Theorien und Theoretiker als um Mentalität, Bewußtseinsinhalte, Verhaltensweisen und Zielvorstellungen sozialdemokratischer Gruppen geht es im III. Abschnitt. Sozialdemokratisches Verfassungsverständnis interpretiert *Peter Steinbach*, mit Bezugnahme auf die wechselhaften Situationen der Republik sorgfältig differenzierend, im Spiegel der Verfassungsfeierlichkeiten, »die Bestandteil der sozialdemokratischen Kulturbewegung waren und in das sozialdemokratische Vereinsleben integriert wurden«. Das Scheitern der 1924 von Hilferding ausgesprochenen Hoffnung, es werde zu einer Zusammenarbeit zwischen einer republikanischen Intelligenz und der Arbeiterklasse kommen, beschreibt *Benno Fischer*, der vor allem auf die mangelnde Anziehungs- und Überzeugungskraft der Weima-

rer SPD eingeht. In dieser wie auch in organisatorischer Beziehung schneidet die österreichische Sozialdemokratie im Vergleich mit der deutschen bei *Detlef Lehnert* weit besser ab. Mit Recht betont Lehnert, den österreichischen Sozialdemokraten Otto Leichter zitierend, die im Austromarxismus gelungene »Verbindung zwischen revolutionärer Arbeit für die Zukunft und praktischer Reformarbeit in der Gegenwart«. Diese Bewertung wird jedoch relativiert durch die von *Everhard Holtmann* im IV. Abschnitt festgestellte Tatsache, daß die österreichischen Sozialdemokraten seit 1932 (ähnlich wie die deutschen seit 1930) »eine – letztlich gescheiterte – Verhütungspolitik« verfolgten. Die Faszination des »Kultursozialismus« in Deutschland und Österreich mit seiner Vision vom »Neuen Menschen« wird von *Michael Scholing* und *Franz Walter* eindrucksvoll vermittelt. Zu beachten ist jedoch auch ihr kritischer Hinweis, daß sich in den lebensreformerischen Jugendgruppen eine »isolierende Vergemeinschaftung« entwickelte, die dazu beigetragen hat, daß »die politische Kultur der Gesamtgesellschaft gar nicht oder kaum beeinflußt werden konnte«.

Nicht nur die Endphase der Ersten Republik wird im IV. Abschnitt behandelt, sondern Bemühungen während ihrer scheinbaren Stabilität, Gefährdungen abzuwehren. So war die Zeitung des »Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold«, die von *Richard Saage* porträtiert wird – eine wichtige Ergänzung der Monographie von Karl Rohe (Düsseldorf 1966) –, »eines der wenigen publizistischen Organe im republikanischen Lager, das sich ernsthaft um eine militärpolitische Alternative bemühte«. Die gängige These, in der SPD habe es keine Faschismusanalyse und Faschismuskonzeption gegeben, wird von *Reinhard Sturm*, im Anschluß an Helga Grebings frühere Untersuchungen, überzeugend widerlegt. Als »Querfrontkonzeption« bezeichnet *Axel Schildt* den schließlich vergeblichen, doch nicht von vornherein aussichtslosen Versuch des Generals von Schleicher am Ende der Weimarer Republik, die Gewerkschaften für die eigenen Pläne zu gewinnen und ihnen dafür Konzessionen anzubieten. Den Abschluß des Bandes bildet eine Fallstudie von *Peter Lösche* und *Michael Scholing* über die »Sozialdemokratie als Solidargemeinschaft«, die unter der NS-Diktatur fortbestand und eine erstaunliche Leistung hervorbrachte: die Herausgabe und Verbreitung einer von 1933 bis 1935 unter dem Titel »Blick in die Zeit« erscheinenden Wochenschrift, die Pressestimmen des In- und Auslands veröffentlichte. Liest man die von Lösche/Scholing zitierten und referierten Stellen, erscheint es fast wie ein Wunder, daß dieses Blatt erst nach zwei Jahren von der Gestapo verboten wurde und so lange »gleichsam das inoffizielle Zentralorgan des sozialdemokratischen Widerstandes« darstellen konnte.

Die umfangreiche Literatur über die Weimarer Republik wird durch diesen Band dank der Vielfalt seiner Themen und der Qualität der meisten seiner Beiträge wesentlich bereichert. Für den politisch interessierten und engagierten Leser sind die darin vermittelten Erfahrungen aus der Weimarer Republik von Bedeutung. Die Aufsätze über die Theorien haben einen Wert für die Historiographie generell, für die Ideen- und Wissenschaftsgeschichte im besonderen. Lösungsansätze für die Probleme der heutigen Sozialismuskonzeption bieten diese Theorien jedoch kaum. Dies sei auch als Widerspruch zu den wenigen Autoren dieses Bandes, denen es um eine Aktualisierung ihrer Themen geht, festgestellt.

*Susanne Miller, Bonn*

Wolfgang Luthardt, Sozialdemokratische Verfassungstheorie in der Weimarer Republik (= Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Bd. 78), Westdeutscher Verlag, Opladen 1986, VIII, 194 S., kart., 32 DM.

Der Autor befaßt sich in seiner Studie, einer politikwissenschaftlichen Dissertation, mit einer verfassungstheoretischen Analyse sozialdemokratischer Autoren aus der Weimarer Republik, wobei er ein immanentes Vorgehen bevorzugt. Bewertungen finden sich daher nur spärlich. Dies gilt zumal für den monographischen Teil, in dem im Kapitel »Rechtsordnung und sozialer Konflikt« Hans Kelsen, Hermann Heller und Hugo Sinzheimer behandelt wer-